



Marktbericht
Januar 2019





DIE WELTWIRTSCHAFT

■ Stimmungen in globaler Wirtschaft eingetrübt

Aufgrund der Belastungen durch die US-Handels- und Geopolitik und dem Brexit ist das Stimmungsbild in der globalen Wirtschaft eingetrübt und die Wachstumsprognosen werden nach unten korrigiert.

Dem Internationalen Währungsfond (IWF) nach trüben sich die Wachstumsaussichten für die Weltwirtschaft ein und der aktuellen Prognose nach soll das globale BIP 2019 um 3,5 Prozent und 2020 um 3,6 Prozent zulegen; vorherige Prognosen sahen für 2019 und 2020 je 3,7% Prozent. Der IWF sieht die Risiken für eine deutlichere Abwärtskorrektur durch Schwankungen an den Finanzmärkten und in den schwelenden Handelskonflikten begründet.

Es gibt ebenfalls Gründe für einen generell rückläufigen Wachstumstrend in China. Zum einen sind die massiven Investitionen in Infrastruktur, die 2017 um 19,8 Prozent zulegten, im letzten Jahr nur um 3,3 Prozent gewachsen. Die bisherige Strategie, so das Wachstum anzukurbeln, stößt anscheinend an Grenzen. In diesem Jahr erwartet der IWF in China nur noch ein Wachstum von 6,2 Prozent, nach 6,7 Prozent in 2018.

Der Spielraum hat sich eingeschränkt. Im vergangenen Jahr stiegen die Ausgaben um 8,7 Prozent auf 22,1 Billionen Yuan und die Staatseinnahmen um 6,2 Prozent auf 18,3 Billionen Yuan. Dennoch wurden die fiskalischen Ziele im vergangenen Jahr erreicht, obwohl die Steuersenkungen 2018 Kosten in Höhe von 1,3 Billionen Yuan verursacht hatten.

Prognosen sprechen dafür, dass die chinesische Wirtschaft ab dem zweiten Quartal 2019 wieder positiv überraschen dürfte – vorausgesetzt eine Einigung im Handelsstreit mit den USA erfolgt.

Im Vorfeld der Handelsgespräche zwischen den USA und China hielten sich besonders die Investoren zurück und die Klage der USA gegen den chinesischen Huawei-Konzern dürfte die Verhandlungen, die auf höherer Ebene fortgeführt werden sollen, nicht leichter machen.

Der amerikanische Präsident Trump verspricht Zuversicht beim Treffen mit Vize-Ministerpräsident Liu und tweetete, dass die beiden Länder "den größten Deal aller Zeiten" erreichen könnten.



Der Handlungsdruck scheint auf beiden Seiten angekommen zu sein und so wird eine Einigung erwartet. Sollten die Gespräche allerdings scheitern, könnte dies auch die Rohstoffmärkte erheblich belasten.

Die US-Notenbank hat durch die Andeutung einer Zinspause zuletzt die Wall Street angetrieben und den Dow-Jones-Index über 25.000 Punkte steigen lassen. Das Statement der Fed lautet, bei künftigen Anpassungen des Leitzinses "geduldig" zu sein. Die bisher enthaltene Passage in den Protokollen, wonach weitere Zinserhöhungen nötig seien, fiel weg. Ebenso senkte die Notenbank Fed ihre Einschätzung zur Wirtschaftslage von „stark“ auf nun "solide". Wie erwartet wurde der Leitzins in der Bandbreite von 2,25 bis 2,50 Prozent bestätigt. Marktexperten gehen davon aus, dass die Fed eine Zinspause einlegt, sich in der ersten Jahreshälfte zurückhält und die Konjunkturentwicklung beobachtet.

Der US-Dollar geriet mit der Andeutung einer Zinspause unter Abgabedruck. Für Investoren verliert der Greenback damit an Attraktivität.

Vieles wird nun davon abhängen, wie sich der Handelskonflikt der beiden Mächte USA und China entwickelt. Dies ist nicht nur wichtig für die beiden Supermächte, sondern für die globale Wirtschaft insgesamt.

EUROPA

■ Brexit-Sorgen und keine Bewegung

Die Europäer haben ihre eigenen Sorgen um den Brexit oder den Exit vom Brexit. Zu spüren bekommt diese unklare Situation insbesondere die Industrie in Großbritannien. Die Stimmung in der britischen Industrie trübte sich wegen der Unsicherheit um den EU-Austritt zum Jahresstart stärker ein als erwartet. Gleichzeitig stockte die Industrie im Januar 2019 ihre Läger aus Furcht vor einem chaotischen Brexit so kräftig auf wie noch nie.

Die neue Strategie ist hier auch die alte: Die britische Premierministerin Theresa May soll mit der EU die Modalitäten des britischen Austritts neu verhandeln und diese Neufassung nach London zurückbringen, damit das Unterhaus darüber abstimmen kann.



Die Begeisterung auf der europäischen Seite hält sich in Grenzen und Mays Erfolgsaussichten sind dürftig, was wohl hauptsächlich daran liegt, dass der aktuelle Brexit-Deal erstens auf den inhaltlichen Vorgaben der britischen Regierung basiert, zweitens eineinhalb Jahre lang verhandelt wurde und drittens von den Briten keine neuen konkreten Vorschlägen kommen.

Das Institut der deutschen Wirtschaft warnt für den Fall eines harten Brexits, dass das deutsche BIP um 0,5 Prozent schwächer ausfallen könnte als ohne Brexit.

Zumindest scheint eine Fristverlängerung für den Brexit über den 29. März 2019 hinaus immer wahrscheinlicher. Noch immer droht im März der „No-Deal-Brexit“.

■ Konjunkturlage in Europa

Aktuelle Daten verdeutlichen eine konjunkturelle Schwächephase. Die europäische Industrieproduktion ging im November 2018 deutlich um 1,7 Prozent zurück und markierte damit den größten Rückgang seit rund drei Jahren. Die Kombination aus rückläufiger globaler Nachfrage, dem Handelsstreit, Geofaktoren und hausgemachten Problemen führte zu dem Einbruch in der Produktion.

Der Rückgang der Produktion von Investitionsgütern mit 2,3 Prozent zeigt für viele Analysten die Auswirkungen des Handelsstreits USA-China auch in Europa. Die Produktion von Verbrauchsgütern war hingegen nur um 1 Prozent rückläufig, von Gebrauchsgütern um 1,7 Prozent. Diese Daten können sowohl als Anzeichen für das Ende eines Konjunkturzyklus als auch für eine zwischenzeitliche konjunkturelle Delle gedeutet werden, wobei deutlich zu erkennen ist, dass die Investitionsgüternachfrage stärker zurückgeht als die Konsumnachfrage.

Auf Länderebene bekam insbesondere Irland die Auswirkungen der Politik des Brexits zu spüren, die Produktion ging hier um 7,5 Prozent zurück. Positiv fiel Griechenland auf, denn gegen den Trend der anderen europäischen Länder legte die Produktion um 3,1 Prozent zu.



DEUTSCHLAND

■ Dämpfer für die deutsche Wirtschaft

Die deutsche Wirtschaft ist 2018 so langsam gewachsen wie seit fünf Jahren nicht mehr und hat einen deutlichen Dämpfer erlitten. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, legte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) nur um 1,5 Prozent im Vorjahresvergleich zu. Im Jahr 2017 wuchs die deutsche Wirtschaft noch um 2,2 Prozent.

Positiv entwickelte sich der Arbeitsmarkt und der Jobboom der vergangenen Jahre hat mit zu einer Stabilisierung der Konjunktur beigetragen. Das Beschäftigungswachstum und die deutlichen Lohnerhöhungen haben die privaten Konsumausgaben stark steigen lassen. Den Prognosen des Arbeitsministeriums nach soll sich der Arbeitsmarkt auch weiterhin positiv entwickeln und die Arbeitslosenquote in 2019 Jahr voraussichtlich auf 4,9 Prozent sinken, nach 5,2 Prozent im vergangenen Jahr.

Wie auch die Konjunkturforschungsinstitute hat die Bundesregierung ihre Erwartungen an das Bruttoinlandsprodukt (BIP) deutlich gesenkt und rechnet in diesem Jahr nur noch mit einem Wirtschaftswachstum von 1,0 Prozent. In ihrer Herbstprognose war sie noch von 1,8 Prozent Wachstum ausgegangen. Besonders die exportorientierte deutsche Industrie bekommt die Abkühlung der globalen Konjunktur zu spüren. Risiken werden vor allem in dem Handelsstreit mit den USA und der Gefahr eines unregulierten EU-Austritts Großbritanniens gesehen.

Unterstrichen wird die pessimistische Einschätzung auch von dem letzten Ergebnis des Ifo-Instituts, denn die Entwicklung ist im Januar noch schlechter ausgefallen als zuvor gedacht und der Index zur Geschäftsentwicklung fiel zum fünften Mal in Folge.

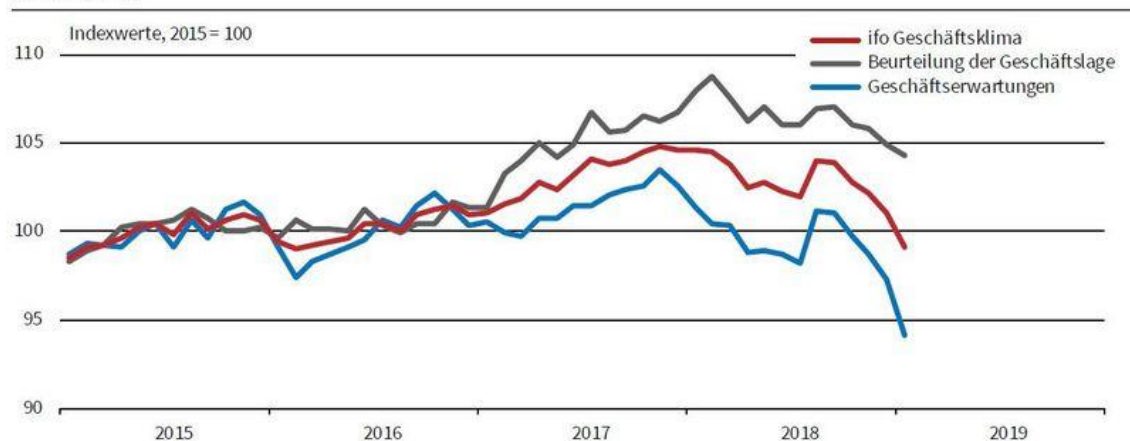
Im Januar 2019 ist der Ifo Geschäftsklimaindex auf 99,1 Punkte zurückgegangen, nachdem im Dezember 2018 noch 101,0 Punkte erreicht worden waren. Die aktuelle Geschäftslage wurde etwas weniger gut beurteilt und die Erwartungen der befragten Unternehmer haben sich sogar massiv verschlechtert. Erstmals seit Dezember 2012 sind diese leicht pessimistisch.

In allen wichtigen Industriezweigen, außer der chemischen Industrie, verschlechterte sich das Geschäftsklima.



Die Kapazitätsauslastung der Industrie ging um 0,7 Prozentpunkte auf 86,3 Prozent zurück, liegt allerdings immer noch über dem langjährigen Durchschnitt von 83,7 Prozent.

ifo Geschäftsklima Deutschland^a
Saisonbereinigt



^a Verarbeitendes Gewerbe, Dienstleistungssektor, Handel und Bauhauptgewerbe.
Quelle: ifo Konjunkturumfragen, Januar 2019.

© ifo Institut

Quelle: Ifo-Institut

Konjunkturoxperten sehen ein Andauern der konjunkturellen Schwäche, aber sie halten ein Abdriften in eine Rezession in Deutschland für unwahrscheinlich. Zwar sollen die dämpfenden Sondereffekte der zweiten Jahreshälfte 2018 an Gewicht verlieren, doch die politischen Unsicherheitsfaktoren werden zunächst noch belasten und einer massiven Stimmungsaufhellung entgegenstehen.



NE-METALLE

ALUMINIUM

■ Sanktionen gegen russischen Konzern Rusal aufgehoben

Am Aluminiummarkt kehrt etwas Ruhe ein, denn mit der Aufhebung der US-Sanktionen gegen den größten russischen Aluminiumproduzenten hat sich viel von der Unsicherheit am Markt erst einmal aufgelöst und die Zeit der Preisverwerfungen ist augenscheinlich vorbei. Gegen den Widerstand der Demokraten hat die US-Regierung die Strafmaßnahmen gegen den russischen Aluminiumkonzern Rusal aufgehoben. Strafmaßnahmen gegen andere Firmen, die in Verbindung zu dem Oligarchen Oleg Deripaska stehen, wurden ebenfalls beendet.

Die Notierungen festigten sich in der Folge auf 1.867 USD am 16.01.19. Zuvor lag der niedrigste Monatswert bei 1.814 USD am 14.01.19. Der Januar schloss mit 1.904 USD und somit mit einem kleinen Monatsgewinn von rund 80 USD.

Der schon jetzt gut versorgte Markt sollte nun noch besser versorgt sein, was aber auch wenig Spielraum für steigende Aluminiumpreise gibt, da es auch Risiken hinsichtlich der Nachfrageentwicklung gibt.

Russland hat den Daten des International Aluminium Institute (IAI) nach im letzten Jahr die Produktion trotz der Sanktionen nicht gedrosselt, sondern anstatt ins Ausland mehr Material im Inland verkauft. Zudem hat Rusal vorsorglich in den letzten Monaten Material von seinen Fabriken in Sibirien in die Häfen des Landes transportiert, damit es nach Aufhebung der Sanktionen schnell verschifft werden kann. Dieses Angebot sollte dem Markt also schon kurzfristig zur Verfügung stehen. Doch dabei sollte es nicht bleiben, denn wie verlautet, konnten angeblich viele Händler Material von Rusal wegen der Sanktionen nicht verkaufen und auch dieses Material könnte kurzfristig an den Markt gelangen. Marktbeobachter sprechen von mehreren hunderttausend Tonnen.

Die Lagerhausbestände in den Lagern der London Metall Exchange (LME) präsentierten sich mit kleinen Auf- und Abs. So lagerten zu Jahresbeginn 1.272.975 t, die bis zum 17.01.19 auf 1.304.000 t kletterten und zum Monatsende sich wieder auf 1.284.125 t reduzierten.

Die Aussichten auf Fortschritte im US-Handelsstreit mit China und die angekündigten Stimulusmaßnahmen stärken den Optimismus der Investoren auf den Metallmärkten.



Trotz des Konfliktes hat China im letzten Jahr eine rekordhohe Menge Aluminium von rund 36,5 Mio. Tonnen gemäß IAI-Daten produziert, da insbesondere stillgelegte Kapazitäten durch neue ersetzt wurden. Die Marktbeobachter stellen sich allerdings die Frage, wie lange China die hohe Produktionsrate noch aufrecht halten kann, da die Aluminiumpreise deutlich gefallen sind und die chinesischen Schmelzen schon seit Monaten Verluste machen.

Risiken für die Nachfrage bestehen zudem durch die Abschwächung des globalen Wirtschaftswachstums. Die Automobilindustrie, zuletzt die treibende Kraft der Aluminiumnachfrage, zeigt sich ebenfalls als Risiko. Nach den schwachen Absatzzahlen im letzten Jahr ist es in diesem Jahr kaum denkbar, dass es zu einer Erholung der wichtigsten Automärkte für die Europäer kommen wird. Weiterhin steht die Drohung von US-Präsident Trump im Raum, Importzölle auf Autos und Autoteile aus der EU einzuführen. Sollte es dazu kommen, dürfte dies den Aluminiummarkt nochmals durcheinanderbringen, aber dann auf der Nachfrageseite. Einschnitte bei der Nachfrage wird das Risiko verstärken, das zusätzlich auf den Markt drängende Angebot vollständig aufzunehmen.

Diese Faktoren sprechen gegen spürbar steigende Aluminiumpreise und für anhaltend niedrige physische Aluminiumprämien. Der Markt wird es schwer haben den Aluminiumpreis nachhaltig über die Marke von 2.000 USD zu treiben.

KUPFER

■ Der Kupfermarkt dürfte im Defizit bleiben

Rund um den Globus haben sich die Wachstumsraten abgeschwächt und wie die gesamte Rohstoffindustrie leiden auch die Kupferproduzenten und Händler unter der Eintrübung der globalen Konjunktur.

Im Zuge der sich verschlechternden Konjunkturaussichten fiel der Kupferpreis unter die Marke von 6.000 USD. Dort schien er vorerst auch zu verharren, auch wenn am 28.01.19 die wichtige Linie mit 6.027 USD genommen wurde. Am 31.01.19 schloss die Berichtsperiode mit 6.167,50 USD, was zum Vergleich zum 01.01.19 mit 5.837 USD einen beträchtlichen Gewinn bedeutet. Spekulationen über die Maßnahmen Chinas zur Stimulierung der heimischen Konjunktur haben die Kupferpreise zwischenzeitlich gestützt.



Von der Produktionsseite scheint 2019 ein interessantes Jahr zu werden. Grundsätzlich bleibt der Kupfermarkt aber wohl weiter im Defizit, wenn auch die International Copper Study Group (ICSG) ein überraschend hohes Angebotsdefizit von Januar bis August mit 259.000 Tonnen (saisonbereinigt sogar 283.000 Tonnen) gemeldet hat. Nach mehreren Jahren mit geringeren Investitionen in neue Minenvorkommen und einem stärkeren Fokus auf die Produktionseffizienz scheinen die großen, weltweit tätigen Minenunternehmen vermehrt investitionsfreudiger zu werden. So formuliert es auch der Kupferkonzern Auribus in einem aktuellen Marktüberblick. Während in Indonesien die Produktion falle, werde in Chile das Angebot steigen, so die Analysten weiter.

Derweil konnten die LME-Bestände im Januar 2019 von 132.175 t auf 149.950 t steigen.

Die Investment Bank Goldman Sachs Group Bank war bis weit in das Jahr 2018 optimistisch in Bezug auf die Kupferpreise, die sie bei 6.500 USD und 7.000 USD gesehen hatte - das 12-Monats-Ziel wurde bei 7.000 USD gehalten. Nun senkten sie ihre Prognosen für den Kupfermarkt in drei Monaten auf 6.100 USD und in sechs Monaten auf 6.400 USD.

Bedingt durch das chinesische Neujahrsfest fehlt es dem Markt an frischen Impulsen. Das rote Metall dürfte sich im Trend eher weiter seitwärts bewegen, bis es einen größeren makroökonomischen Auslöser gibt.

NICKEL

■ Spekulationen über eine Verengung des Marktes treiben den Preis

Die Nickelnotierungen nahmen im Berichtsmonat die Marke von 13.000 USD ins Visier. Zu zeitweisen Preissteigerungen um rund 5 Prozent kam es durch die Sorgen über die Angebotsentwicklung beim brasilianischen Produzenten Vale. Der Nickelpreis verbesserte sich gestützt von Spekulationen über eine Verengung des Marktes, da der brasilianische Minenkonzern Vale nach dem Dambruch mit mutmaßlich hunderten Toten die Sicherheit in den Vordergrund rücken wolle. Dafür würde man auch einen Produktionsrückgang hinnehmen. So verbesserten sich die Preise von 10.530 USD zum Jahresauftakt zuletzt bis auf 12.550 USD.



Die Nickelbestände an der LME sind kontinuierlich zurückgegangen, was dem Markt eine zusätzliche Stütze gab. Zuletzt konnte am 31.01.19 über 202.032 t verfügt werden, 206.100 t waren es zu Monatsbeginn.

Geringe Lagerbestände und ein sinkendes Angebot sind verantwortlich für den Preisanstieg bei Nickel und im Gegensatz zu den beiden vorangegangenen Monaten legten die Notierungen zu. Geringe Lagerbestände und Befürchtungen über Produktionsengpässe könnten Nickel auch weiterhin stützen.

Den Anstieg der Nickelpreise angesichts der steigenden Produktion sehen manche Marktteilnehmer als nicht gerechtfertigt an. In Bezug auf Nickel hat Goldman Sachs die Prognosen deutlich reduziert. Hauptgrund ist ein Ansteigen der Nickel-Produktion in Indonesien. Zwar bleibt abzuwarten, ob die Projekte zeitnah in Gang kommen, dennoch sieht die Bank nun einen Nickelpreis von 12.500 USD in 12 Monaten. Die ursprüngliche Prognose lag bei 18.000 USD.

ZINK

■ Unterstützung durch Berichte zu Stützungsmaßnahmen aus China

Die fundamentale Lage bleibt bei Zink zum Jahresauftakt schwierig. Die jüngsten, größtenteils enttäuschenden Konjunkturdaten in China ließen keine Kaufstimmung aufkommen.

Dem Markt half jedoch, dass in den ersten 11 Monaten 2018 ein Defizit bestand, verstärkt wurde der Trend durch die weiter sinkenden Lagerbestände an der LME. Diese reduzierten sich im Januar 2019 um 15.800 t von 129.000 t auf 113.200 t.

In ihrem Januarbulletin gab die International Lead and Zinc Study Group (ILZSG) bekannt, dass das Defizit am Markt für den Zeitraum Januar bis November 2018 bei minus 326.000 Tonnen lag. Im gleichen Zeitraum 2017 betrug das Defizit allerdings noch minus 435.000 Tonnen. Die Hoffnungen der Marktteilnehmer auf anziehende Zinknotierungen liegen nun auf den aktuellen Gesprächen zum Handelsstreit zwischen den USA und China und der Hoffnung, dass sich die Nachfragesituation bessert.



In Bezug auf Zink gilt: Bei Notierungen von 2.700 USD hellt sich das Chartbild auf. In diesem Fall könnte sich die Aufwärtsbewegung sogar bis in den Bereich von 2.900 bis 3.000 USD fortsetzen. Neben der technischen Analyse sind aber auch die fundamentalen Faktoren entscheidend.

Die Marke 2.700 USD wurde am 31.01.19 mit 2.707,50 USD genommen und nun wird sich zeigen, ob sich das Chartbild bestätigt. Fundamental scheint von Seiten des Angebots der Weg geebnet zu sein. China ist auch der größte Abnehmer von Zink weltweit und somit ist die Preisentwicklung eng an die dortige Nachfrage gekoppelt. Trotz nachlassendem Wachstum ist bei Zink das geförderte Volumen zurzeit eher knapp.



IMPRESSUM

Herausgeber:

Müller & Sohn GmbH & Co. KG
Metall-Aufbereitungswerk
Harkortstraße 22
D-45549 Sprockhövel-Haßlinghausen

Telefon: +49 (0)2339-605-5
Fax: +49 (0)2339-605-888-88
E-Mail: info@aluminiumonline.de
Internet: www.aluminiumonline.de

Redaktionsleitung: Matthias Kämper
(V.i.s.d.P.) Rainer Kämper

Redakteurin: Petra Reuther

Schriftleitung: Michael Obst

Erscheinungstermin: Monatlich

Rechtliche Hinweise:

Die Marktinformation und alle in ihr enthaltenen Beiträge, Abbildungen und Charts sind urheberrechtlich geschützt. Eine Verwertung, wie Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen sowie die Einspeicherung in elektronischen Systemen, ist nur für eigene Zwecke statthaft. Eine Bearbeitung oder Änderung ohne unsere Zustimmung ist unzulässig und strafbar.

Müller & Sohn übernimmt keine Gewähr für die Richtigkeit der in diesem Marktbericht mitgeteilten Informationen und haftet nicht für abgeleitete Folgen.

Müller & Sohn GmbH & Co. KG
Metall-Aufbereitungswerk

Rechtsform:
GmbH & Co. KG

Postfach 92 22 49
D-45543 Sprockhövel-Haßlinghausen

Sitz der Gesellschaft: Sprockhövel
Amtsgericht Essen, HRA 8543
Steuernummer: 323/5819/0278
USt-ID-Nr.: DE 247 385 649

Harkortstraße 22
D-45549 Sprockhövel-Haßlinghausen

Telefon +49 [0] 2339-605-5

Persönlich haftende Gesellschafterin:

Fax +49 [0] 2339-605-888-88

Müller & Sohn Geschäftsführungsgesellschaft mbH

E-Mail info@AluminiumOnline.de

Sitz der Gesellschaft: Sprockhövel

Web www.AluminiumOnline.de

Geschäftsführer: Rainer Kämper, Matthias Kämper
Amtsgericht Essen, HRB 20164



MÜLLER & SOHN

